

Der Freundeskreis „Palast der Republik“ erklärt zum 19. Januar 2011

Vor 5 Jahren bekräftigte der Deutsche Bundestag in seiner Sitzung am 19. Januar 2006 den Beschluss zum Abriss des Palastes der Republik.

Das war lediglich ein formaler Akt, eine Farce und diente lediglich der Täuschung der Öffentlichkeit.

Die entsprechenden Abrissverträge wurden klammheimlich bereits Wochen vorher rechtskräftig von den zuständigen Behörden unterschrieben.

Wenige Tage später begann der Abriss des Palastes der Republik

Die Bundestagsabgeordneten, die für den Palastabbriss stimmten, ignorierten erneut die Meinung und die Proteste der Bevölkerungsmehrheit in Berlin und Deutschland.

Diese war und ist gegen die Palastvernichtung.

Viele aktuelle Meinungsäußerungen von international renommierten Fachleuten reichen von Skepsis bis zur eindeutigen Ablehnung des Projektes eines Pseudoschlusses.

Das sind schallende Ohrfeigen für die Bundesregierung und diejenigen

Bundestagsabgeordneten, die am 19. Januar 2006 für den Palastabbriss stimmten, um den Weg für ein Pseudoschloss frei zu machen.

Ihnen waren die jahrelangen Proteste und Massenpetitionen gegen die politisch motivierte Palastvernichtung bekannt.

Die Bundesregierung und diese „Volksvertreter“ des Bundestags haben das genauso ignoriert wie die zahlreichen Gesprächsangebote der Palastbefürworter deren Ziel es war, den Palast der Republik sinnvoll in die Schlossplatzgestaltung einzubeziehen.

Der Palast der Republik im Herzen Berlins war ein Haus des Volkes, von der Bevölkerung in beeindruckender Weise angenommen, erbaut in der Tradition der bildungs- und kulturpolitischen Bewegung der Gewerkschaften der zwanziger Jahre. Seine großartigen Möglichkeiten und Erlebniswelten waren einmalig in Europa.

Sie kündeten vom Können und Fleiß seiner Erbauer ebenso wie vom Engagement der Mitarbeiter des Palastes.

Namhafte Interpreten und Künstler von Weltruf traten hier in niveauvollen Veranstaltungen auf.

Hier rockte man für den Frieden, hier fanden die Tage der Volkskunst der Bezirke der DDR statt, ebenso Jugendweihen, Hochzeiten und andere Veranstaltungen.

70 Mio. Besucher erlebten im Palast Freude, Entspannung, erlebnisreiche Stunden.

Weil dieses Volkshaus unübersehbar ein Symbol der DDR war und ist, musste es beseitigt werden.

Das „Asbestargument“ als Schließungsgrund war von Anfang an unglaubwürdig. Bis heute sind die entsprechenden Unterlagen, die zur Schließung des Gebäudes führten, der Öffentlichkeit nicht zugänglich.

Je weiter die Zeit fortschreitet, umso deutlicher treten die bizarr anmutenden Konturen eines vielschichtigen Skandals hervor der mit Stuttgart 21 und anderen Vorhaben vergleichbar ist. Er charakterisiert den Palastabbriss darüber hinaus als ein kulturpolitisches Verbrechen, an dem mehrere Bundeskanzler, Minister, Bundestagsabgeordnete ebenso beteiligt sind, wie ehemalige „Bürgerrechtler“ der DDR, die sich in den Jahren nach 1990 als besonders willige Helfer bei der Geschichtsverfälschung und –entsorgung der DDR Geschichte bis in die Gegenwart zu profilieren versuchen.

Dieser Skandal zeigt am konkreten Beispiel die Fragwürdigkeit demokratischer Verhältnisse dieser Gesellschaft.

Der Palast der Republik, Symbol der DDR, wurde zum Symbol einer falschen Politik der Wiedervereinigung, des Umgangs mit deutsch/deutscher Geschichte und des Widerstands dagegen.

Deshalb geht der Protest gegen die Palastvernichtung mit veränderter Zielstellung und neuen Ideen weiter.

Beispielsweise durch den Freundeskreis Palast der Republik.

Er wurde im März 2007 ins Leben gerufen und vereint verantwortungsbewusste Bürger und prominente Persönlichkeiten aus ganz Deutschland.

Sie werden durch eine niveauvolle und wirksame Erinnerungspflege fernab jeder Nostalgie nicht zulassen, das dieses Volkshaus, wie beabsichtigt, aus der Erinnerungswelt vieler Bürger dieses Landes getilgt oder verunglimpft wird.

Ein kulturpolitisches Verbrechen dieser Dimension und die brutale Missachtung der Festlegungen des Einigungsvertrages werden nicht kritiklos hingenommen.

Die Geschichte, dessen sind wir sicher, wird ihr Urteil über diesen Akt der Barbarei und des politisch motivierten Vandalismus fällen.

Konsequent wird der Freundeskreis alle ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen, um dieses Verbrechen aufzuklären und die Schuldigen ohne Ansehen der Person an den Pranger der Öffentlichkeit stellen.

Deshalb fordern wir die volle Transparenz aller Vorgänge und Vorhaben die die Gestaltung des Schlossplatzes in Berlin betreffen.

Das gilt auch für die Kalkulation der Baukosten einschließlich der bisher vorgesehenen Pseudofassade.

Wir stellen fest, dass Parallelen zu Stuttgart 21 nicht mehr zu übersehen sind.

Das weitere Geschehen auf dem Schlossplatz, dem angrenzenden Areal und darüber hinaus werden wir aufmerksam verfolgen und uns kritisch und konstruktiv einmischen.

Der Freundeskreis Palast der Republik wirkt auf der Grundlage einer längerfristigen Konzeption.

Jeder Bürger, der sich zu seinen Zielen und Auffassungen bekennt, kann Mitglied werden und seinen Möglichkeiten aktiv oder passiv mitwirken.

Der Freundeskreis ist Mitglied im Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden e.V.

Berlin, 19. Januar 2011.

Freundeskreis Palast der Republik
Rudolf Denner, Sprecher

Kontakte

Rudolf Denner
Oelsnitzerstr. 9
12627 Berlin

Tel/Fax:030/9912254

mail: r.denner@gmx.de

Klaus Wons
Tel:030/50911144

Im Internet: www.palastschaustelle.eu